



f Elke Kahr

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 13. November 2014



GRAZ **KPÖ** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Reparatur der Gastherme: Künftig Sache der Vermieter

Eine langjährige Forderung der KPÖ wird endlich realisiert. Künftig sind VermieterInnen für die Erhaltung von Thermen ihrer Mieter zuständig. Das sieht eine Gesetzesvorlage zum Mietrechtsgesetz vor, die demnächst im Nationalrat beschlossen wird. Für die Wartung müssen aber wie bisher die Mieterinnen und Mieter aufkommen.



Stadträtin **Elke Kahr**. „Eine Mietrechtsreform müsste aber deutlich weiter gehen.“

Die KPÖ wird sich verstärkt für die Abschaffung des undurchschaubaren Richtwertsystems und die

Schaffung von gesetzlichen **Mietzinsobergrenzen** sowie die Befreiung die Mieten von der Mehrwertsteuer.

Eine **Befristung** von Mietverhältnissen sollte nur in begründbaren Aus-

nahmefällen möglich sein. Weitere Forderung: Maklergebühren sollen nicht auf Mieter überwältzt werden dürfen. In Deutschland steht diese Regelung kurz vor der Umsetzung.

Damit wird endlich Rechtssicherheit in der Frage der Erhaltung der Gasthermen geschaffen“, sagt

Wohnkosten: Preisexplosion stoppen!

Mieten inklusive Betriebskosten stiegen zwischen 2009 und 2013 um durchschnittlich 13 Prozent. Am höchsten war der Anstieg mit 17,2 Prozent bei privaten Mietwohnungen. Für Gemeindewohnungen musste im Jahr 2013 nur um 8,3 Prozent mehr bezahlt werden als 2009 (Quelle: Statistik Austria).

Diese Zahlen beweisen: Der kommunale Wohnbau trägt

dazu bei, dass Wohnen nicht zum Luxus wird.

Um die Wohnungskosten zu begrenzen, haben in Graz ÖVP, KPÖ und SPÖ vereinbart, dass in den nächsten zwei Jahren Kanal- und Müllgebühren und auch die Mieten in Gemeindewohnungen nicht erhöht werden. Auch der Bau von weiteren 500 Gemeindewohnungen soll realisiert werden.

ÜBERZIEHUNGSZINSEN GESETZLICH BEGRENZEN!

Auch Arbeiterkammer dafür

Schon seit geraumer Zeit fordert die KPÖ eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen auf Girokonten. Jetzt hat auch die AK dieses Thema aufgegriffen. Der steirische AK-Präsident Pessler hat auf das Missverhältnis zwischen Spar- und Überziehungszinsen hingewiesen und die Begrenzung gefordert.

„Es ist höchst erfreulich, dass jetzt auch die AK Steiermark eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen auf Girokonten fordert. Wir treten schon seit längerer Zeit für so einen Schritt in die richtige Richtung ein“, sagte die KPÖ-Stadträtin

Elke Kahr. Die KPÖ fordert, dass die Überziehungszinsen auf Girokonten höchstens 5 Prozent mehr als der Leitzins der EU-Zentralbank betragen dürfen.



**Mieternotruf
717108**

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

**Auf keinen Menschen
vergessen!**

Elke Kahr. KPÖ

Alle Initiativen im genauen Wortlaut finden Sie unter www.kpoe-graz.at/gemeinderat

Strom aus Hundekot

Weniger Restmüll, eine neue Art, Strom zu gewinnen und letztlich auch Anreiz, den Kot der lieben Vierbeiner wegzuräumen: Das alles verspricht die Einführung eines Projektes, bei dem der Hundekot in speziellen Fermentern gesammelt und aus dem darin enthaltenen Methangas Energie gewonnen werden soll.

„In den USA und in Deutsch-



land wird diese Methode bereits in diversen Hundeparks eingesetzt“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Martina Thomüller**.

„Der auf diese Weise gewonnene Strom dient der Beleuchtung von Parkanlagen und Wegen.“ Umweltstadträtin Lisa Rücker lehnte es jedoch ab, dieses Projekt in Graz zu realisieren. Die Kosten-Nutzen-Bilanz für die Stadt sei negativ.

Freifahrt an Adventsamstagen? – nicht für alle GrazerInnen.

Seit Jahren ist die Benützung von Bus und Bim der Graz Linien an den Adventsamstagen kostenlos. Viele Grazerinnen und Grazer können so ihre Weihnachtseinkäufe erledigen, ohne mit dem Auto fahren zu müssen. Jedoch sind nicht alle Teile von Graz durch die Graz Linien erschlossen. Wer in Raach oder östlich der



Endhaltestelle der Linie 1 in Ries oder Fölling wohnt, ist auf Regionalbusse angewiesen und kommt nicht in den Genuss der Aktion. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** forderte eine

Regelung für diese Gebiete, sodass die Aktion auf dem gesamten Stadtgebiet genutzt werden kann.

Melanweg: Gefährliches Nadelöhr

Der Melanweg, ein Nadelöhr zwischen der Hafnerstraße und dem Schwarzen Weg, gilt als beliebter „Schleichweg“ zum Shopping Center West. Seit der Erweite-



rung des Einkaufszentrums hat sich die Situation weiter verschärft. Eine Bürgerinitiative fordert von den Verantwortlichen nun rasches Handeln.

KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** machte das Anliegen auch in der Gemeinderatsitzung zum Thema. Der Verkehrsstadtrat sicherte zu, dass der Wunsch, am Melanweg und Teilen des Zahläckerweges eine Wohnstraße umzusetzen, noch heuer geprüft wird.



Verdreckte Haltestellen

Verschmutzte Haltestellen sind in Graz leider keine Seltenheit und ärgern viele. KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** setzte sich erneut dafür ein, die Holding Graz Services mit ausreichend Personal auszustatten: „Ein derartiger Arbeitsumfang ist auch mit dem Einsatz von Kehrmaschinen unmöglich zu bewältigen.“



Für gutes Zusammenleben und Integration

Die Versorgung von Flüchtlingen in Großunterkünften erschwert Zusammenleben und Integration. Darum forderte KPÖ-Familiensprecherin **Christine Braunersreuther**, dass Familien mit Kindern und jugendliche Asylwerberinnen und Asylwerber dezentral und gut betreut untergebracht werden. „Integration und gutes Zusammenleben brauchen

Rahmenbedingungen, die das möglich machen“, sagte Braunersreuther.

Dies wurde mit einem Abänderungsantrag beschlossen. Wer Asylwerber aufnehmen will, soll künftig Unterstützung durch öffentliche Stellen und Experten erhalten.



Neuhart: Für sicheren Schulweg

Anfang September wurde die für Kinder, die die Volksschule bzw. den Kindergarten Neuhart besuchen, so wichtige Fußgängerunterführung Kärntnerstraße / Ecke Kapellenstraße zugeschüttet. Das sorgte für Empörung. „Ein Kind, das durch die Unterführung geht, kann definitiv nicht

überfahren werden“, betonten viele Eltern. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** beantragte nun – wie es vom Straßenamt auch versprochen wurde –, die Grünphase an der Ampel zu verlängern und in der Früh Schülerlotsen zur Verfügung zu stellen.

Teure Demokratie?

Zwischen 70 und 90 Euro kostet es, einen nicht-kommerziellen Infostand in Graz anzumelden. „Für kleine gemeinnützige Vereine oder Initiativen ist das viel Geld“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Sie forderte die Überprüfung des Tarifmodells



und die Senkung der Gebühren für Kleine. „Demokratie darf nicht am Finanziellen scheitern“, so Taberhofer.